



**Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln e.V.  
im Rat der Stadt Köln**

An Herr Oberbürgermeister Jürgen Roters  
*Ko. 01/12, FA, 01/12, 01/12*



Telefon: 0221 / 221 - 9 15 12

Eingang 18. JULI 2012

Telefax: 0221 / 221 - 9 15 15

Der Oberbürgermeister  
*per Mail*

**Antrag: Sondersitzung des Finanzausschuß**

Einnahmeausfall durch Wegfall der sog. „Bettensteuer“

*Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrter Herr Börschel,*

auf Grund der aktuellen Entwicklung zur Rechtmäßigkeit der sog. „Bettensteuer“ ist eine Situation für den Haushalt der Stadt Köln entstanden, die eine Sondersitzung des Finanzausschuß umgehend erforderlich macht. Daher beantragen wir hiermit eine Sondersitzung des Finanzausschuß und schlage folgende Tagesordnung vor:

**Beratung und Abstimmung über den Antrag der Fraktion der Bürgerbewegung PRO KÖLN im Rat der Stadt Köln zur sog. „Bettensteuer“**

Die Verwaltung wird beauftragt, den Rechtsstreit bzgl. der anhängigen Verfahren zur „Bettensteuer“ umgehend ruhen zu lassen und das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes anzuerkennen.

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Finanzausschuß mitzuteilen, welche finanziellen Auswirkungen der Einnahmeausfall der sog. „Bettensteuer“ für den städtischen Haushalt 2012 haben wird, sowie die Folgen für die mittlere Finanzplanung der Jahre 2013 und 2014 darzustellen.

**Begründung:**

Nachdem es den Verantwortlichen in der Stadt Köln nur unter größten Mühen - und trotzdem umstritten - gelungen ist einen genehmigungsfähigen Haushalt zu beschließen, steht die Stadt Köln haushaltsrechtlich - insbesondere durch den Urteilsspruch des Bundesverwaltungsgerichtes zur sog. „Bettensteuer“ - vor einer finanziell desaströsen Situation. Der Einnahmeausfall von 16 Millionen Euro im Jahr 2012, sowie die Kalkulation für 2013 und 2014 mit insgesamt 56 Millionen Euro, erfordert ein dringendes Handeln, um die gesetzlichen Voraussetzungen des kommunalen Haushaltsrechts zu erfüllen.

Hier kommt erschwerend hinzu, dass die Einnahmen für die sog. „Bettensteuer“ zur Alleinfinanzierung eines neuen kulturpolitischen Projekts dienen soll. Falls die Stadt Köln an dem neuen Projekt wie geplant festhält, müssen neue Einnahmequellen gewonnen werden bzw. Kürzungen an anderer Stelle vorgenommen werden. Beide Vorgehensweisen lehnt die Fraktion PRO KÖLN ab. Stattdessen fordern wir, durch Einsparungen bei den Vorstandsgehältern der stadteigenen Betriebe den Betrag von 16 Millionen Euro aufzubringen.

Aus unserer Sicht kann es nicht förderlich sein, die Bürger der Stadt Köln weiter zu Kasse zu bitten, während ca. 30 Vorstände von stadteigenen Betrieben mehr verdienen, als unsere Bundeskanzlerin oder Bundesminister. Ebenso sollten die Luxuspensionen die nach zehnjähriger Tätigkeit gewährt werden, auf ein angemessenes Maß zurückgeführt werden. Die daraus erzielten Beträge von 900 Euro Leibrente am Tag halten wir für unanständig und nicht vertretbar gegenüber dem normal verdienenden Bürger, der selbst nach über 40-jähriger Arbeit nicht auf solche Bezüge kommt.

Gleiches gilt selbstverständlich für Ratsmitglieder, die in nicht-öffentlichen Aufsichtsratssitzungen der stadteigenen Betrieben 500 Euro und mehr pro Sitzung kassieren. Hier sollte der Finanzausschuß empfehlen, dass die Summe an die Stadt Köln abgetreten und stattdessen eine Entschädigung nach den Gesetzen des Landes Nordrhein-Westfalen von 17,50 Euro (zzgl. Fahrtkosten) gewährt wird.

Mit freundlichen Grüßen,



Ihr Jörg Uckermann

FS: Bitte teilen Sie uns den Sitzungstermin frühzeitig mit. Als Frist haben wir uns Freitag, den 27. Juli 2012, notiert.